

**Kleine Anfrage zur schriftlichen Beantwortung  
gemäß § 46 Abs. 1 GO LT**

Abgeordnete Sophie Ramdor (CDU)

**Sachstand des Kinderschutzgesetzes in Niedersachsen**

Anfrage der Abgeordneten Sophie Ramdor (CDU) an die Landesregierung, eingegangen am 14.04.2025

Der Interministerielle Arbeitskreis (IMAK) Kinderschutz in Niedersachsen hat im Februar 2024 einen Zwischenbericht vorgelegt, in dem die Eckpunkte für ein neues Kinderschutzgesetz zusammengefasst wurden. Das Gesamtergebnis sollte laut Antwort der Landesregierung in der Drucksache 19/3619 auf meine Kleine Anfrage zur schriftlichen Beantwortung zum Thema „Interministerieller Arbeitskreis ‚Kinderschutz‘“ im Sommer 2024 vorliegen. Das Gesetzgebungsverfahren sollte demnach noch im Jahr 2024 beginnen mit dem Ziel, das Gesetz im Jahr 2025 in Kraft treten zu lassen. Da der Gesetzesentwurf bislang nicht in das Parlament eingebracht wurde, ist der geplante Zeitplan fraglich.<sup>1</sup> In der Drucksache 19/3619 wird zudem angegeben, dass mit der Umsetzung verschiedener Maßnahmen bereits begonnen werde. Die Landesregierung hatte außerdem angekündigt, verschiedene Akteurinnen und Akteure in den Gesetzgebungsprozess einzubeziehen. Hierzu sollten u. a. die kommunalen Spitzenverbände, die Wissenschaft sowie Praxisvertreterinnen und -vertreter im Kinderschutz gehören. Obwohl eine Einbindung relevanter Akteurinnen und Akteure angekündigt wurde, ist dem Vernehmen nach unklar, in welchem Umfang diese tatsächlich beteiligt wurden. Aus Fachkreisen wurde dahingehend in der Anhörung des Sozialausschusses vom 6. Februar 2025 Kritik an der mangelnden Transparenz und Beteiligung des Interministeriellen Arbeitskreises (IMAK) Kinderschutz geäußert.

Die effektive Umsetzung eines neuen Kinderschutzgesetzes erfordert nach Einschätzung von Experten eine angemessene personelle und finanzielle Ausstattung. Bereits in der Vergangenheit wurde von verschiedenen Experten wiederholt betont, dass die bestehenden Strukturen der Kinder- und Jugendhilfe an ihre Belastungsgrenzen stoßen und eine Aufstockung der Mittel notwendig sei. So wurde beispielsweise im 17. Kinder- und Jugendbericht deutlich gemacht, dass die Kinder- und Jugendhilfe zwar funktionsfähig sei, aber durch steigende Anforderungen und eine zunehmende Zahl von Hilfefällen immer stärker gefordert werde.<sup>2</sup>

1. Wie gestaltet sich der aktuelle Zeitplan für das Inkrafttreten des neuen Kinderschutzgesetzes in Niedersachsen? Wann ist geplant, den ersten Entwurf zu veröffentlichen?
2. Wie gestaltet sich der aktuelle Zeitplan für die Veröffentlichung der Kinderschutzstrategie?
3. Welche Maßnahmen mit Bezug zur Kinderschutzstrategie und dem Kinderschutzgesetz konnten gegebenenfalls bereits mit welchen Akteuren umgesetzt werden? Welche Maßnahmen sollen gegebenenfalls noch innerhalb dieses Jahres umgesetzt werden?
4. Welche Kooperationspartner und Akteurinnen bzw. Akteure wurden bisher in den Prozess der Erstellung des Kinderschutzgesetzes einbezogen (bitte die Kooperationspartner und Akteurinnen bzw. Akteure auflisten)?
5. Gab es Anfragen von weiteren Akteurinnen bzw. Akteuren, sich beim Prozess einzubringen? Wenn ja, wieso wurden diese abgelehnt?
6. Plant die Landesregierung, zusätzliche personelle und finanzielle Ressourcen für die Umsetzung des neuen Kinderschutzgesetzes bereitzustellen? Wenn ja, in welchem Umfang?

---

<sup>1</sup> <https://www.stk.niedersachsen.de/startseite/presseinformationen/schwerpunkt-kinderschutz-interministerieller-arbeitskreis-legt-zwischenbericht-vor-229933.html>

<sup>2</sup> <https://www.kinderschutz-niedersachsen.de/aktuelles/kinder-und-jugendbericht-vorgestellt>